

Nr. 10/2006 vom 31.10.2006

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein – Westfalen, Gastgeberin der Mitgliederversammlung des Forums für Zukunftsenergien e. V.

Nachhaltige Energiepolitik muss Grundlage für Wachstum und Beschäftigung sein.

BERLIN. Anlässlich der diesjährigen Mitgliederversammlung des Forums für Zukunftsenergien e. V. skizzierte Frau Ministerin Christa Thoben die energiepolitischen Diskussionen in Deutschland seit der Nachkriegszeit. Sie kam zu dem Schluss, dass es heute wie in der Vergangenheit eine große Herausforderung sei, die drei Säulen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Klima- und Umweltschutz ins Gleichgewicht zu bringen.

Vor diesem Hintergrund nahm sie aus Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen Stellung zu den in der Diskussion befindlichen Inhalten für ein nationales und europäisches Energiekonzept. Das Ziel dieser Konzepte sieht sie darin, wettbewerbsfähige und faire Energiepreise zu erreichen.

Im Detail spricht sie sich deshalb, auch vor dem Hintergrund der gerade geführten Debatten, für eine Verlängerung der Strompreisaufsicht zum Schutz der Haushaltskunden aus; und zwar bis zum Erreichen eines wirksamen Wettbewerbes. Die Stromkonzerne außerdem zu zwingen, einen Teil ihrer Kraftwerke zu verkaufen, hält sie hingegen nicht für notwendig. Die Missbrauchsaufsicht der Kartellbehörden sei ausreichend, dem Missbrauch von Marktmacht entgegen zu treten.

Der hohe staatlich verursachte Anteil an den Energiepreisen, soll nicht weiter steigen, sondern im Gegenteil möglichst reduziert werden und auch die Klimaschutzpolitik soll stärker an den Kriterien Effizienz und internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Das gelte ebenfalls für das Instrument des Emissionshandels.

Mit Blick auf die Stärken von Nordrhein-Westfalen als modernste und bedeutendste Energieregion in Deutschland und Europa hob sie die

verschiedenen energiewirtschaftlichen Initiativen hervor. Darunter u.a. den Wärmepumpen-Marktplatz NRW und das Kompetenz-Netzwerk Brennstoffzelle und Wasserstoff. Den Erfordernissen der Energieeffizienzsteigerung wird Nordrhein-Westfalen gerecht u.a. durch die Unterstützung des „Kraftwerkserneuerungsprogramms“ der Energiewirtschaft und der „Energie-Effizienzoffensive NRW“ die auf Haushalte, Industrie, Gewerbe und Mobilität gleichermaßen zielt.

Unter dem Stichwort „wettbewerbsfähige erneuerbare Energien“ erläuterte sie die kritische Haltung der nordrhein-westfälischen Landesregierung zu den Windkraftanlagen. Von der Solartechnik erwarte sie ebenfalls mehr Effizienz und größere Wirtschaftlichkeit.

Den heimischen Energieträger Braunkohle sieht sie als Rückrat eines zukunftsfähigen Energiemixes. Von dem sozialverträglichen Abbau der Steinkohlesubventionen erhofft sie sich für das Land Nordrhein-Westfalen neue Handlungsspielräume; u.a. im Bereich der technologischen Entwicklungen in der Energiewirtschaft.

Als Energieland mit einer besonders hohen Wertschöpfungskette in der Energiewirtschaft ist Nordrhein–Westfalen von Regelungen einer europäischen Energiepolitik stark betroffen. Es unterstütze deshalb insbesondere die Bemühungen zur Herstellung eines europäischen Binnenmarktes. Die Umsetzung vorhandener Richtlinien solle aber Vorrang vor der Verabschiedung neuer Richtlinien haben. Jeder Mitgliedsstaat sei selbst gefordert, die Trennung von Netzen, Erzeugern und Betreibern umzusetzen. Dabei sei im Sinne eines europäischen Binnenmarktes - so die ausdrückliche Forderung – bezüglich aller Richtlinien, etc. auf die europäische Harmonisierung besonderes Augenmerk zu richten.

Schließlich müsse eine europäische Energie - Außenpolitik strategische Allianzen anstreben. Dabei könne es sich keinesfalls um eine systematische Koordination der Lieferbeziehungen der Mitgliedstaaten handeln. In einer gemeinschaftlichen Positionierung Europas im weltweiten Energie– und Rohstoffmarkt sieht sie jedoch eine strategische Zukunftsaufgabe der europäischen Union.

Der Vortrag von Frau Ministerin wurde lebhaft unter den ca. 120 Teilnehmern diskutiert.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e. V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
eMail: info@zukunftsenergien.de
Internet: www.zukunftsenergien.de